

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgelappte Postzeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Mittwoch, den 7. Mai 1919.

26. Jahrg.

## Kapitalmarkt und Auslandswerte.

Von Georg Davidsohn.

In den letzten Tagen beschäftigte sich die Presse lebhaft mit meiner Anfrage an die Reichsregierung wegen der ausländischen Wertpapiere. Die Anfrage ist im allgemeinen nicht ganz richtig aufgefaßt worden. Ich habe gefragt: was die Regierung zu tun gedenkt, um die mit der Abwanderung von Vermögenswerten ins Ausland verbundene weitere Verschlechterung unserer Valuta (nebst Steuerhinterziehung, Kapitalsflucht, Verminderung der Kreditfähigkeit, Werteverminderung der Lebensmittel) zu verhindern?

Ungeheuerliche Unterlassungssünden sind begangen, gewaltige Werte verloren. Noch in den letzten Tagen wieder finde ich in einer einzigen Nummer der „Neuen Züricher Zeitung“ drei große Annoncen, durch die „rotgestempelte“ Tausend- und Hundertmarktscheine dem „Weißbrotenden“ angeboten werden oder auch bestimmter „gegen Höchstgebot in Franken“ usw.

Wanderte und wandert auf diese und allerlei andere Weise unendlich viel Bargeld auf den Auslandsmarkt, um wieviel leichter und ausgiebiger gingen und gehen nun erst Wertpapiere diesen einträglichen Weg! „Buchwalds Börsen-Berichte“, die sich früher eines großen Ansehens erfreuten, sehen diese Dinge in milderem Lichte und erzählen im Zusammenhang mit ihnen sogar etwas von „völlig gesetzmäßiger Form“. Vielleicht erscheint ihnen auch der hahnenbüchene Schwindel, der seit Monaten mit den „jederzeit zahlbaren Lebensversicherungen“ getrieben wird, als „völlig gesetzmäßig“?

Am häufigsten tritt der Einwand auf: durch den Ausverkauf von Effekten oder anderen leicht zu Geld zu machenden Werten könnten wir unsere Valuta bezw. unseren Kredit stützen und heben oder zum mindesten regulieren. Das mag für Friedensverhältnisse zutreffen, möglicherweise auch für eine Zeit vorübergehender, leichterer oder schwererer Erschütterung. Unter den jetzigen Verhältnissen dagegen scheint mir jener Einwand nicht stichhaltig, ja geradezu trugschlüssig. Denn ein Wirtschaftskörper, der so aller Hilfsmittel entblößt ist wie der unsrige im Mai 1919, kann unmöglich dadurch wertvoller werden, daß die Unterpänder seines Kredits ins Ausland verschwinden. Selbst wenn dabei vorübergehend an diesem oder an jenem Plage die Nachfrage nach bestimmten Marktwerten auf Grund der Käufe ansteigt, so hat doch im ganzen nur derjenige (ob Einzelperson oder Staat) Kredit, der etwas „hinter sich hat“. Der Papierankauf des neutralen Auslands als Verwertungsquelle mag unserm deutschen Wirtschaftskörper ideell und vorübergehend vielleicht manchen Nutzen gebracht haben, tatsächlich jedoch und für die Dauer hat er ihn von keinem Deut wertvoller, sondern immer nur ärmer und blutleerer gemacht.

Nehmen wir ein Beispiel aus dem alltäglichen Leben: Herr A. hat ein Guthaben von 100 000 Mk. auf der Bank und schuldet Herrn B. 10 000 Mk. Er weiß diese 10 000 Mk. von seinem Konto auf Herrn B. an. Dadurch mag sein „Rechnomee“ bei Herrn B. entsprechend ansteigen, bei der Bank jedoch und auf dem ganzen Kreditmarkt sinkt es dementsprechend, da Herr A. nunmehr 10 000 Mk. weniger „wert“ ist als zuvor. Es unterliegt eben keinem Zweifel, daß für den Gläubiger derjenige Schuldner der kreditwürdigere ist, der sein Vermögen behält, und nicht jener, der seine Wertstücke veräußert. Mit geistreichen Wortspielereien ist dagegen nicht aufzukommen. Ich denke hierbei ans „Berliner Tageblatt“, das am 1. Mai den Einwand erhob: die deutschen Besitzer ausländischer Wertpapiere hätten ja gar keine Gewinne aus der Valuta erzielt, sondern sie seien nur durch die Eigenart ihres Besitzes, „von den Verlusten verschont geblieben“, die die Besitzer der meisten einheimischen Werte durch die inländische Geldentwertung erlitten haben.

Das Allgemeininteresse erfordert, daß die großen Lasten, die zum Wiederaufbau unseres Reichsgebäudes nötig sind, so gerecht und geschickt verteilt werden, daß jeder — je nach seinen Kräften — etwas zu tragen bekommt. Wer sich seiner Pflicht entzieht, belädt die Schultern der anderen und das entsprechende Übergewicht, und jede Begünstigung eines einzelnen bedeutet: Schädigung der Gesamtheit.

Angehts dieser Sachlage nun verlangt ausgerechnet ein Teil der Kapitalisten Entlastung zu Ungunsten der Allgemeinheit! Der Kapitalist will an seinen Auslandswerten möglichst wenig verlieren oder sogar (und das unter den heutigen Verhältnissen!) recht viel verdienen — selbst auf die Gefahr hin, daß die konsumierende Allgemeinheit und die produzierende Industrie ihre Lebensmittel und Rohstoffe zu stets ansteigenden Preisen erwerben müssen!

Wie sehr die bisherige Haltung des Reichsfinanzministers (Schiffer) der Allgemeinheit geschadet und den Besitzern von Auslandspapieren genügt hat, das wollen wir uns gleichfalls an einem Zahlenbeispiel begreiflich zu machen versuchen:

Ein Kapitalist übergibt dem Reiche jetzt für 1000 Dollar amerikanische Wertpapiere. Im Frieden beträgt deren Wert 4200 Mk. Im Kriege 13 000 Mk.! Das Deutsche Reich

bekommt für jene Wertpapiere in New York um 1000 Dollar Lebensmittel: dem deutschen Kapitalisten zahlt es für seine 1000 Dollar 13 000 Mk. in deutschem Gelde!

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß kein sinniger Mensch jemals irgend welche Auslandspapiere gekauft hat, ohne mit der Möglichkeit von Verlusten zu rechnen. Zumal im Kriegsjahr! Der Vera Schiffer ist es vorbehalten geblieben, den deutschen Besitzern ausländischer Renten in dieser wohl noch nie dagewesenen Art entgegenzukommen.

## Vor der Schicksalsstunde.

24 Stunden später wird das deutsche Volk endlich wissen, mit welchen Friedensgeschenken es bedacht werden soll. Nach all den Nachrichten, die die Welt durchschwirrten, sind wir auf das Schlimmste gefaßt. Ermunternd wirkten die letzten Pariser Vorkommnisse gerade nicht. Wenn man sich im hohen Rat jetzt noch nicht klar geworden ist, wird man sich wohl auch nicht mehr klar werden. Eine Ernüchterung wird den Herren erst kommen, wenn sie von dem bis jetzt ausgeschlossenen Gegner erfahren, was er leisten kann, ohne sein Grab schaufeln zu müssen. Nach der „Daily News“ stellen die Bedingungen eine erdrückende Steuer von 5 Milliarden Pfund dar und außerdem, wie verlautet, eine Gebietsabtretung, die den Verlust eines Drittels der deutschen Steinkohle, drei Viertels der Zinnproduktion und mehr als eines Viertels der Sojabohnen bedeute. Kurzum, Deutschland werde seiner Hilfsmittel beraubt und nach alledem noch aufgefordert, eine Summe zu bezahlen, die es, selbst wenn es diese Hilfsmittel noch besäße, nicht zahlen könnte. Wenn die Regierung diese Bedingungen unterzeichnen werde, werde sie die Unterzeichnung wahrscheinlich nicht überleben. Unterzeichnet sie nicht, so werde die Blockade fortgesetzt und Not und Unglück würden ihr Werk vollenden.

## Das Zeremoniell für Versailles.

Wilson, Lloyd George und Clemenceau versammelten sich am Montag nachmittags, um sich über die im Erianon-Palast zu den Sitzungen der Konferenz getroffenen Verfügungen Rechenschaft abzulegen. Zu der Mittwochssitzung, in der der Präliminarfriedensvertrag der deutschen Delegation überreicht wird, werden zugelassen die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Dominions, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens, Brasiliens, Griechenlands, Portugals, Rumaniens, Serbiens und der Tschecho-slowakischen Republik. Die Bevollmächtigten werden von je einem Sekretär für jede der Mächte begleitet sein. Es wurde gleichfalls beschlossen, daß die Vertreter der Presse zugelassen werden, in der Gesamtzahl 30 für die Großmächte und Dominions, 10 für die Mächte mit besonderem Interesse. Die deutsche Delegation wird durch 6 Bevollmächtigte, begleitet von Sekretären und 5 Zeitungskorrespondenten vertreten sein.

Stampfer meldet aus Versailles: „Der „Temps“ feiert stürmisch die Ankündigung der Rückkehr Orlando's und läßt durchblicken, daß die Lösung der Adria-Krise und die Erfüllung der italienischen Forderungen erfolgen müsse. Der kommende Friede mit Deutschland lasse übrigens diese Frage offen, da Deutschland sich im voraus zur Anerkennung jeder später zu leistenden Vereinbarung über früher österreichisch-ungarisches Gebiet bereit erklären müsse. Ein gleiches Desinteressement scheint, wenn auch nicht ausgesprochen, die Wilson zugeschriebene Rolle zu enthalten.“

Der „Populaire“ enthält ein Haage-Interview aus Amsterdam mit großartigen Ausschneidereien über die Macht der Unabhängigen. Die Scheidemann-Regierung müsse gehen, eine rein sozialistische Regierung mit den Mehrheitssozialisten, aber ohne deren Führer, sei in Sicht. Der Spartaalismus sei keine Gefahr, auch er könne mit in der Regierung sein, wenn er will. Alles Uebel komme von Scheidemann. — Die Gewissenlosigkeit solcher Schwägerlein ist im gegenwärtigen Augenblick erstaunlich. Sie ist entsetzlich nur durch die Ahnungslosigkeit Haages, welche Wirkung sie hier haben muß.“

## Der Vorstand des „Völkerbundes“.

Heute tritt das Exekutiv-Komitee zur Festlegung der Völkerbundsstatuten zusammen, bestehend aus Amerikanern, Engländern, Franzosen, Italienern, Japanern, Polen, Brasilianern, Spaniern. Aus denselben Staaten soll künftig der Vorstand des Völkerbundes gebildet werden, also eine nach Spanien verlängerte Entente.

## Ein völkerrechtswidriger Beschluß.

Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Paris berichtet wird, hat die Kommission, die sich mit der Auslieferung der deutschen Handelsflotte befaßt, über das Schicksal der in den Ententehäfen liegenden Schiffe folgende Entscheidung getroffen: Alle deutschen Schiffe werden den Staaten zugesprochen, in deren Häfen sie sich seit Kriegsausbruch befinden. Der Wert dieser Schiffe soll von der Entschädigungssumme abgerechnet werden, die Deutschland an die betreffenden Staaten zu leisten hat.

## Der belgische Ministerpräsident über die Verhandlungen.

Der Ministerpräsident sagte in einer Erklärung, die er bezüglich des Ergebnisses der Verhandlungen in Paris abgab: Wir können einer glänzenden Zukunft entgegensehen, wenn unsere Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet erfüllt werden, wenn die Frage unserer Flußmündungen endgültig geregelt ist, und wenn wir zu einem aufrichtigen wirtschaftlichen Übereinkommen mit Holland und Luxemburg gelangen. Innerhalb des Kronrates herrscht eine Meinung bezüglich der Politik, die befolgt werden muß, um die Revision des Vertrages von 1839 zu erlangen. Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten nahm Darlegungen Hymans bezüglich der Pariser Verhandlungen entgegen. Alle Mitglieder billigten die von der Regierung getroffene Entscheidung und waren der Ansicht, daß der Vertrag zwar nicht im weitesten Sinne entgegenkommend, jedoch mit der Ehre vereinbar und zufriedenstellend sei.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Depeschenwechsel mit Amsterdam.

Der Bund Neues Vaterland sandte folgendes Telegramm nach Amsterdam:

### Internationale Sozialistenkonferenz

Obeon, Amsterdam.

Der Bund Neues Vaterland begrüßt die der Herbeiführung der Völkerverständigung und des Dauerfriedens dienende neue Tagung der Internationalen Sozialistenkonferenz. Er erblickt in der Zusammenarbeit der radikalen Intellektuellen mit den Massen der Arbeiterschaft die Bahngasse für eine Neugestaltung der Welt ohne Imperialismus und ohne Militarismus. Der konsequente Pazifismus muß Schulter an Schulter mit dem internationalen Proletariat kämpfen.

Hierauf traf folgende Antwortdepesche ein:

Amsterdam, den 3. Mai 1919.

Bund Neues Vaterland, Berlin, Kurfürstenstr. 125.

Ihr Telegramm verlesen. Internationale Sozialistenkonferenz spricht vollste Sympathie aus für Ihre Meinung, daß der Kampf um den Dauerfrieden nur mit allen Kräften gemeinsam ausgetragen werden kann.

Sekretär Hymans.

### Junter bleibt Junter.

Der ehemalige Vizepräsident von Berlin, Traugott von Jagow, der durch seine schnurrigen Plakate und andere Schmodrigkeiten in der ganzen Welt berühmt geworden ist, muß jetzt aus dem Amt als Regierungspräsident in Breslau verschwinden. Wie sehr ihn das schmerzt, bekundet er in einem „Abschiedsbrief“ an den Regierungsbezirk, der wert ist, festgehalten zu werden:

Von Seiner Majestät dem König am 27. Mai 1916 zum Präsidenten der Regierung in Breslau ernannt, von der jetzigen Regierung nunmehr wegen Königstreuz Gesinnung in den zeitigen Ruhestand versetzt, verabschiede ich mich hiermit von dem Regierungsbezirk Breslau. Mein Abschiedswort gilt nur denen, die in dieser Zeit der Not das Vaterland über alles gestellt haben. Ich danke allen Mitarbeitern am Staatswohl in der Ueberzeugung, daß die Kriegsarbeit der preussischen Beamten von der Geschichte einst hoch anerkannt werden wird; ganz besonders die am meisten und undankbarst beschudeten Vandräte. Die Not muß weiter reigen, solange Millionen Deutsche Deutschland verraten. Um so feiter gründe sich ihre Treue und Mut, ihr Gefühl und Pflichtbewußtsein, zur Tat bereit, mit Gott für Recht und Vaterland. Ich scheidet mit der Ueberzeugung, daß nach Jahren staatlicher und geistlicher Wirrens das deutsche Volk sich in überwältigender Mehrheit nach jenem sozialen Kaiserthum zurücksehnen wird.

Dieser Jagow ist der Typ des preussischen Junkers von ehemals und sein „Abschied“ zeigt, daß er nichts gelernt, aber vieles vergessen hat. Vor allem vergessen, wie glimpflich die deutsche Revolution mit Leuten seines Schlages bisher verfahren ist. Es war die höchste Zeit, daß dieser Jagow gejagt wurde, und es bleibt nur zu wünschen, daß bald ganz reiner Tisch mit allen Leuten gleichen Kalibers gemacht wird.

### Ein dänischer Minister über Nordschleswig.

Der dänische Verteidigungsminister Runch sprach sich in einer Versammlung über die nordschleswigsche Frage aus: Er sagte, das dänische Volk besteht auf seiner Forderung, worin gleich nach 1864 die Dänen nördlich und südlich der Königsau sich vereinigten. Wir wünschen nur das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nun sowohl von den Siegern wie von den Besiegten verkündigt wird. Unsere Wünsche gehen dahin, daß die Grenzen des Reiches nach dem Willen der Grenzbevölkerung gezogen werden. Wir wünschen, alle Gebiete, wo die Bevölkerung ernstlich dänisch denkt und fühlt, mit Dänemark vereinigt, nicht mehr. Wir wollen keine Bevölkerung dadurch anlocken, daß wir ihr den augenblicklichen ökonomischen Vorteil in Aussicht stellen. Wir legen darauf keinen Wert, daß Leute, deren Herzen in Deutschland bleiben, dänisch stimmen. Die, welche sich uns nicht national angeschlossen fühlen, müssen da bleiben, wo sie hingehören. Die schleswigsche Frage muß jetzt gelöst werden, sie darf nicht von Süden her über unsere Grenze verpflanzt werden. Das neue Dänemark muß ein reines



Land sein, von Dänen bewohnt. Das nationale Einheitsgepräge, das unsere Stärke war, muß gewahrt werden. Nur dadurch werden die Bedingungen geschaffen, um die Lösung, die nun bevorsteht, dauerhaft und endgültig zu machen.

### Der Gesandtenrat über die Betriebsräte.

Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf des Gesetzes über die Betriebsräte fertiggestellt. Die Betriebsräte sollen an Stelle der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse treten, jedoch erweiterte Befugnisse erhalten. Hierbei wird auch das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen geregelt. Der Entwurf wird in der nächsten Woche mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten.

### Reuten, mit denen sich leben läßt.

Der Rechtsstreit zwischen dem Großherzog von Hessen und dem hessischen Staat ist nun beendet. Die hessische Volkskammer nahm die vorgeschlagene Vereinbarung an. Danach gehen sämtliche in Benutzung und Nutzung des großherzoglichen Hauses befindlichen Grundstücke und Gebäude in den Besitz und in die Nutzung des hessischen Staates über; ausgenommen davon sind das Jagdschloß Wolfsgraben und das Schloß Komrod sowie das Dominiatgrundstück von Schloß Kranichstein. Das Neue Palais in Darmstadt ist Privatigentum des Großherzogs.

Der hessische Staat übernimmt die dem früheren Großherzog abliegenden Verpflichtungen gegenüber seinen Beamten und Bediensteten. Das Hoftheater geht an den hessischen Staat über. Der Staat übernimmt alle dem Großherzog aus dem Betrieb des Hoftheaters zukommenden Rechte und Pflichten. Die Staatskasse zahlt dem ehemaligen Großherzog den Betrag von 400 000 Mark jährlich; auch gewährt der hessische Staat eine Abfindungssumme, bestehend in einer in das hessische Staatsbuch einzutragenden prozentigen Staatsschuldschuldforderung in Höhe von 10 Millionen Mark und in einer Barzahlung von 900 000 Mark. An dem Tage der Verzinsung dieser Abfindungssumme fallen die jährlichen 440 000 Mark weg.

### Die Opfer der Münchener Kämpfe.

Der Gesamtschaden in München wird auf mindestens 1/2 Million Mark veranschlagt. Die Zahl der Opfer wird auf 770 Verletzte und gegen 200 Tote angegeben. Davon hatten die Regimentsgruppen 7 Offiziere und 45 Mann tot und 100 Vermundete.

Zum Polizeipräsidenten von München ist der Oberlandesgerichtsrat Böhrer, bisheriger Direktor des Strafvollzugsamtes in Stadelheim, ernannt worden. Der frühere Präsident in München, Lehrer Niekisch aus Augsburg ist verhaftet. Ebenso ist nach den Berliner Abendblättern die Witwe Kurt Eisners verhaftet, weil sie in ihrer Wohnung Kommunisten versteckt haben soll. Lewin ist entkommen, dagegen soll Perle verhaftet sein. Klinaethofer ist erschossen. Verhaftet wurde ferner der frühere Finanzminister Silvanus Gsell und sein Gehilfe Männer.

Der Lokalanzeiger veröffentlicht Angaben aus München, wonach auch Küssen am Kampf sehr lebhaft beteiligt und den Regimentsgruppen Verluste zugefügt hätten.

### Der Leipziger Arbeiterrat gegen die jüdische Hegemonie.

Der Leipziger Arbeiterrat beschloß, wenn die Regierung die Durchführung des Belagerungszustandes gewaltam zu erzwingen versucht, sofort den Generalfreikampf zu proklamieren und als Forderungen aufzustellen: Anhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der politischen Gefangenen, Niederschlagung aller politischen Verfolgungen, Auflösung der Freikorps, Entlassung des Bürgertums und der Offiziere, Bewaffnung des Proletariats, entwerfender Einfluß für die Betriebsräte bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse sowie in Bezug auf Art und Umfang der Produktion und Annahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland und England. — Der Antrag wurde vor einigen Tagen von der Kommunitentraktion gestellt.

## Der Stumpf.

Von Edgar Hahnwald.

Er steht im Walde auf der Höhe über der Stadt. Ehemals gab dort eine grasbewachsene Lichtung den Blick auf Strom und Stadt in der Tiefe frei. Jetzt schimmern durch die Kiefernkränze die hellen Mauern eines Sanatoriums. Ein rotes Dach schirmt den Bau als riesige Halle. Weiße Bänke, ein weißer Baum, kirschroter Regen, Sonne, Licht, Sanberkeit verbürgen Pflege und Wohlbehagen.

Der Wald behütet das Sanatorium vor rauhen Winden und dient ihm als Vorhalle. Menschenhände haben den zufällig getretenen Sandpfad in einen geebneten Promenadenweg umgewandelt. Dabei fiel ein Baum unter Beil und Säge. Der Sandpfad umging ihn. Aber der Weg verlangte freie Bahn. Der Baum mußte weg. Nun steht da hart am Wege nur noch der Stumpf. Man wird ihn noch ausrodern.

Ringsum sproßt der Frühling. Die Birken stehen von zartgrünen Schleiern überhangen. Die Himbeerranten entfalten junge Blätter. Die Brombeere blüht. Unter der rauhen Borke der Kiefern drängt und pulst der Saft von Zelle zu Zelle aufwärts zur Krone, an deren Zweigspitzen schon die zarten Knospen ansetzen. Der Wald steht hoffend und gedrängt in der Fülle des erwachenden Lebens.

Da regen sich verhämmelte Kräfte auch in dem armen Stumpfe. Tausend kleine Ästern laugen aus dem Erdreich die Kräfte zum Aufbau. Die Zellen der Wurzeln füllen sich prall mit nährenden Säften. Sie drängen und treiben. Der Stumpf fängt das brausende Rauschen einer Krone über sich. Er vermag, daß sie mit dem Stamme fiel, breit durch Geäst der Brüder niederer und kürzer wie ein Mensch mit ausgebreiteten Armen. Er vermag, daß er nur noch ein armer, sterbender Stumpf ist — er laugt mit allen Ästern die Kräfte auf, die eine sprossende Krone braucht. In der Schnitzfluge tritt der treibende Saft an das nun so lächelnde Licht. Er fließt über den hilflosen Stumpf herab in den dünnen Nadelnadeln. Verloren, unruhig. Und immerfort drängen die noch lebigen Zellen flehig, frohnde Säfte empor, die honigweiß und süßlich auf der breiten Wunde stehen und überfließen. Stumpf, verhämmelt, vernichtet und doch noch erfüllt von allmächtigem Lebensdrang blüht sich der Stumpf hilflos zu Tode.

Ringsum jauchzt der Frühling. Millionen grüner Blattläuse entfalten sich zum Geiste des Lebens.

Hinter dem weißen Janggitter am Balustrade leuchten die blaueweiß gestreiften Kranzblätter geisternder Soldaten, die im Sanatorium ruhen. Einarmig gehen umher zwischen Büschen und Bäumen. Sie sitzen auf den weißen Bänken im Sonnenlicht. Die Bewegungen ihres einen Armes sind unbeholfen und ergreifend groß. Krüppel stehen auf einem Bein, den Kopf zu irgend hochgebrachte Schalter gelehrt, weiche, menschlichen Stärke gleich. Sie stehen und schauen in den Frühling. Der Ries laugt unter ihren gelben Krüden, es denen sie zu den Bäumen humpeln. Und wenn sie sich leben, ist es ein schmerzliches, noch ungenügendes. Denn liegt der Stumpf, den der ausgebluteten!

### Deisterreich.

Zum Sieg der Mehrheitspartei. Von den 120 Abgeordneten des niederösterreichischen Landtages, die am Sonntag gewählt wurden, erwählten auf die Sozialdemokratie 64, auf die Christlichsozialen 45, die Deutschnationalen 8 und die Tschechonationalen 3. Die gewählten fünf weiblichen Abgeordneten gehören sämtlich der Sozialdemokratischen Partei an. In den Wiener Gemeinderat sind 22 Frauen gewählt, davon gehören 16 der Sozialdemokratischen und 6 der Christlichsozialen Partei an. Dem Gemeinderat gehört auch ein bürgerlicher Demokrat an. — Die 20jährige Vorherrschaft der Christlich-Sozialen ist damit endgültig gebrochen.

### Rußland.

Volschewiki-Vormarsch auf Wilna. Nach Meldungen aus Romno vom 2. Mai rücken die Volschewiki erneut mit starken Kräften auf Wilna vor. In unmittelbarer Nähe von Wilna ist es bereits zu Kämpfen gekommen. Die Stadt wird von feindlichen Granaten erreicht. — Die Polen verhaften mehrere ausgehene kaukasische Bürger und halten zahlreiche Hausdurchsuchungen, wobei sie häufig Geld und Wertgegenstände gewaltam wegnehmen.

### Finnland.

Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Paris, daß die Friedenskonferenz die Unabhängigkeit Finnlands unter gewissen Bedingungen mit einem Vorbehalt betreffs der finanziellen Verpflichtungen Rußlands anerkannt hat.

### Frankreich.

Die Streikbewegung. Die Streikbewegung in Paris nimmt zu. In La Louviere beschloßen die Glasarbeiter den Generalfreikampf. Im Streikzentrum nahm die Lage sofort einen ernsten Charakter an, weil alle Straßen gesperrt wurden. Die Forderungen der Arbeiter umfassen besonders den Achtstundentag, einen Stundenlohn von zwei Franken und Abschaffung der Nachtarbeit.

### Kleine politische Nachrichten.

Die Landesverwaltung der badischen Arbeiter- und Soldatenräte hat das Räteystem nahezu einstimmig abgelehnt. Die Verammlung nahm einen Antrag auf Unterbindung des Fremdenverkehrs im Schwarzwald im Hinblick auf die schwierige Ernährungslage an.

Im englischen Unterhause trante Claude Pouthier an, ob beschloßen worden sei, daß der frühere deutsche Kaiser nicht bestraft werden wird. Der Staatssekretär für innere Angelegenheiten, Shortt, antwortete, daß diese Ansicht nicht den Tatsachen entspreche.

Savas verbreitet eine Meldung des rumänischen Pressebureaus aus Wien, nach der die alliierten Truppen in Budapest einmarschiert sind.

Eine Liga der Vereine vom Roten Kreuz ist in Paris gegründet worden. Sie erstreckt sich auf alle Großstädte. Ihr Ziel ist, einen internationalen Verband vom Roten Kreuz ins Leben zu rufen.

Der Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. ist beendet. Die Arbeit wurde mittags wieder aufgenommen.

## Aus Südbad und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 7. Mai.

### Erziehung und Parteikampf.

Der werdende Mensch macht im Mutterleibe bekanntlich in einem abgeleiteten Verfahren die Entwidlung noch einmal durch, die der Mensch in seiner Stammesgeschichte gegangen, und auch der geborene Mensch, das Kind, erinnert in seinen Entwicklungsstufen so vielfach an jene Stufen, auf denen der primitive Mensch einmal gestanden hat. So manche Eigenarten des Kindes sind der erste Anfang zu wertvollen Charaktereigenschaften, so wie aus der blinden Welterkenntnis Unternehmungsgeist und aus dem Troge und dem Eigensinn ein fester Charakter wird.

Hose plump umpulvert, neben dem ausgestreckten gesunden Bein. Und die Krüden warten, von ermatteten Händen gehalten, vor ihnen als erborgte Beine.

Die Krüppel lachen, plaudern, lachen. Sie nennen einander mit Spitznamen, die sie für den Zustand eines jeden erfanden. Sie helfen sich mit noch anderen Krüden als denen aus gelbem Holz. Und in allen Bewegungen betonen sie wortlos und vor sich selbst die Gesundheit der gereinigten Glieder, um die fehlenden Arme und Beine vergessen zu machen. Ein jeder ist ein Coriolan: Ich hab' so Wunden hier und da, die schmerzt es, sich ermahnt zu hören. Lebensdrang erfüllt sie. Aber manchmal zuckt einer der Krüppel verhöhlt und häßlich nach dem Stumpf. Krüppel wissen um die Schmerzen in fehlenden Armen und Beinen. Heftig stehen sie dort im Leeren, wo der Fuß auftreten, die Hand greifen würde, wären sie noch da. In den Stümpfen drängt es, Blut dorthin zu senden, wo es ehemals kreiste. . . .

Eine Seitentür öffnet sich und läßt zwei Dienstmädchen ins Freie. Ihre hellen Kleider leuchten. Sie lachen noch über einen Spaß, den sie in der Küche hatten. Er war nur Anstoß — der Frühling, die Jugend, die Gesundheit, das Leben läßt in ihnen. Sie stürmen leichtfüßig, mit wehenden Kleidern den Kiesweg daher, lachend, schwägend, erfüllt von der unschuldigen, graulamen Lebensfreude ihrer vollbüßigen Jugend. Das weiße Tor fällt hinter ihnen mit heiterem Schalle ins Schloß. Im Dorje auf der Höhe lockt der Tanz. Es ist Sonntag und es ist Frühling. . . .

Und sie stürmen dahin, jung, blühend, lachend — vorbei an den Krüppeln, die ihnen nachschauen und ihre gelben Krüden teil ausgefüllt haben, vorbei an dem armen Stumpf am Wege, der betrogen, stumm und sterbend dem Frühling entgegenblüht.

### Weg-Spruch.

Wer hinausgeht in das Leben,  
Soll den Blick zur Sonne heben.

Wer sein Aug' am Boden heftet,  
Wird rasch müde und enttäuscht.

Und es schmerzen ihm die Beine,  
Schaut er Steilheit nur and Steine.

Wessen Auge nicht die Weiten  
Dem wird leicht das Schwere Schreiten.

Und ihn grüßt die blane Ferne  
Wollen grüßen ihn und Sterne.

Und er pilgert ohn' Beschwerde  
Durch das Lebensland der Erde.

Darum soll, wer nicht durchs Leben,  
Stets den Blick zur Sonne heben!

Sierzu bedarf es aber der Erziehung. Fehlt diese, wie bei Überlaufenden in der Kriegszeit, so verunehrt die Jugend, die jüngere und die ältere, und es wird möglich, daß 1917 177 000 Strafvollzugsgefangenen gegen Jugendliche bis zu 19 Jahren schwebten, gegen 51 000 drei Jahre zuvor. Zur Erziehung gehört aber Zeit und Ruhe und diese hat der Mensch nur dann, wenn die Arbeit nicht den größten Teil des Tages einnimmt, wie es bisher fast beim ganzen werktätigen Volke der Fall war. Der Achtstundentag bedeutet darum Erziehung und Bildung, sittliche und geistige Kultur.

Wieviele von denen, die heute hinter eisernen Gittern von Freiheit träumen, sind verurteilt worden in ihrem Jammerdasein allein, weil die Ueberarbeit das Leben füllte, weil nichts als Arbeit möglich war und nochmals Arbeit, nichts als Ausnutzung. Die sittliche Kultur gedeiht nie in einem Wirtschaftsstaate der Ausbeutung. Und die Ausbeutung ist es, die wir stets bekämpfen und gegen die wir heute allem schaffenden Volke ein dauernder Schutz und Schirm sind.

Darum muß aber auch jeder, der sittliches Empfinden in seiner Brust trägt, mit ferrem panzer Herzen in unseren Reihen stehen. Nur der Triumph überer Kampfsiege birgt in sich die Voraussetzung zur freien Entfaltung der geistigen und seelischen Menschheitskultur.

### Eine Verordnung gegen Mietwucher.

Wie die „Pol. Inf.“ hören, ist bei der zuständigen Reichsbehörde eine Verordnung gegen den immer mehr um sich greifenden Mietwucher in Vorbereitung. Sie soll einen weiteren Schutz der Mieter bei dem bestehenden Mangel an Wohnungen gegen Ueberverteilung durch die Vermieter bieten. Es hat sich im öffentlichen Interesse herausgestellt, daß eine weitere derartige Maßnahme von Seiten der Reichsregierung erforderlich ist. — Der Meinung sind wir allerdings auch.

Der Arbeitslohnrat richtet folgende Eingabe an das Gewerkschaftsamt: Unter Bezugnahme auf die von der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften in Berlin beschloßenen „Richtlinien“ tritt der „Erwerbslohnrat“ an das hiesige Gewerkschaftsamt mit der Bitte heran, die augenblickliche Notlage der Uebererwerbslosen — hervorgerufen durch die herrschende Teuerung — einer Prüfung unterziehen zu wollen und ihre wirtschaftliche Lage durch Unterstützung und Fürsprache ihrer unten aufgestellten Forderungen verbessern zu helfen. Der Erwerbslohnrat glaubt um so mehr auf diese Unterstützung rechnen zu dürfen, als es unter Ziffer 5 der oben erwähnten Richtlinien u. a. heißt:

„Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eigenes Verschulden Erwerbslosen.“

Da nun die hiesigen Gewerkschaften im Gewerkschaftsamt zusammengeschlossen sind, so erhoffen die Erwerbslosen, die ja in ihrer überaus großen Mehrzahl organisierte Gewerkschaftsmitglieder sind, hier Verständnis für ihre trostlose Lage zu finden. — Zur Begründung seines Antrages kann der Erwerbslohnrat anführen, daß bei der letzten Erwerbslosenversammlung am Montag, dem 3. Mai, die Vertreter der Arbeiterauschüsse der drei größten industriellen Werke der Metallindustrie Lübeds: Drägerwerk, Löh. Masch.-Ges. und Hochofenwerk, auf Einladung der Versammlung teilgenommen haben, und nach Anhörung der vorgetragenen Wünsche der Erwerbslosen diese als berechtigt und zu unterstützen angesehen haben. (Siehe auch Bericht über diese Versammlung im „Pol. Inf.“ vom 6. Mai.) — Befragt mag noch werden, daß die Erwerbslosen und ihr erwählter Rat keine Verunsicherung herbeiführen wollen, sondern nur eine Interessenvertretung zur Förderung ihrer augenblicklichen Notlage.

Die Forderungen der Erwerbslosen lauten:

1. Erhöhung der Unterstützungssätze um 25 Prozent und Gewährung von Mietzuschüssen.
2. Gründliche Prüfung, ob noch in behördlichen Bureaus Frauen und Mädchen und sonstige Personen beschäftigt werden, die nicht auf Erwerb angewiesen sind, und Erlegung dieser Personen durch Arbeitslose.
3. Befreiung von der Einkommensteuer resp. Milderung.
4. Entschädigung der Mitglieder des Erwerbslohnrates in irgend einer Form.

Es wird auch noch zur Beratung anheimgestellt, ob es nicht praktisch wäre, daß zu den Versammlungen der Erwerbslosen jedesmal ein Vertreter des Gewerkschaftsamts noch vorheriger Benachrichtigung hinzugezogen würde, um damit zu dokumentieren, daß die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung für ihre erwerbslosen Kollegen zum Ausdruck gelangt und um andererseits den höchsten Ruf, in den die Erwerbslosen durch die Sünden Unbedachter gelangt seien, verwischen zu helfen.

Der Erwerbslohnrat stellt nur bei einem typischen Hand-Industriearbeiter mit dem Gewerkschaftsamt eine erschöpfende Arbeit zum Wohle der Erwerbslosen und hat das Vertrauen, daß dieses die eingebrachten Forderungen einer gründlichen Prüfung unterziehen und auch zu einer Unterstützung gelangen wird.

Die Uebererwerbslosen zur Neugestaltung unseres Schulwesens. In der 3. allgemeinen Lübedischen Lehrerversammlung, die am letzten Sonnabend in der Aula des Johanneums stattfand, wurden die Leitfäden über zwei wichtige Punkte der nach Meinung der Lehrerschaft künftig einzuschlaenden Entwicklung auf dem Gebiete der Schule beraten, die über die Berufs- und Fachschulen und die über die Lehrerbildung. Die Versammlung einigte sich auf folgende Gesichtspunkte:

1. Berufs- (Fortbildung-) und Fachschulen. Die Berufsschulpflicht — eine Befreiung von ihr tritt nur in besonderen Fällen ein — beginnt mit der Entlassung aus der allgemein bildenden Schule und endet, sofern das Schulziel nicht früher erreicht wird, mit dem Schlusse des Schuljahres, indem das 18. Lebensjahr vollendet wird. Die Berufsschule ist sich mit mindestens dreijährigem Lehrgang unmittelbar auf die Volksschule auf, während für die Durchläufer der Mittelschule und diejenigen Schüler, welche die Oberschule nicht ganz durchlaufen haben, besondere Einrichtungen zu treffen sind. Sie gabelt sich für beide Geschlechter in Abteilungen für ungelernnte (einschl. Hausdiener), für gewerbliche und für kaufmännische Berufe (einschl. Bureaubeamte). Der Lehrplan umfaßt neben den allgemein bildenden Fächern die besonderen fachlichen Unterrichtsgegenstände des Berufes, und zwar unter Berücksichtigung der örtlichen Notwendigkeiten. Die weibliche Berufsschule übernimmt dabei den hauswirtschaftlichen Unterricht. Einen wichtigen Unterrichtszweck bilden Gesundheitslehre und Mutterchaftslehre. Der weiblichen und sittlichen Erziehung beider Geschlechter dienen die in allen Klassen zu treibenden körperlichen Übungen und eine umfassende Jugendpflege. Für die körperlichen Übungen sollen auch Abendstunden zulässig sein, während sonst die Unterrichtszeit in die Tagesstunden zu verlegen ist. Die Fachschulen dienen einer weitergehenden beruflichen Ausbildung und Schulung. Sie bauen sich im allgemeinen auf die Volksschule und Mittelschulen auf. Fachschulen, die eine handwerkliche Vorbereitung fordern, setzen für alle Schüler unter 18 Jahren den Besuch der Berufsschule voraus. Der Besuch ist im übrigen freiwillig. Fachschulen sind sämtlich Staatschulen. Privatschulen mit behördlicher Genehmigung und Aufsicht zulässig. Die Verleihung jeglicher Berechtigungen an die auf ihnen vorgebildeten Schüler ist aber an Prüfungen oder Probejahre auf staatlichen Schulen zu knüpfen. Durch den erfolgreichen Besuch einer staatlichen Fachschule sollen auch den Durchläufern der städtischen Volks- und der Landchulen diejenigen Berechtigungen gewährt werden, die heute durch das Einjährigzeugnis gekennzeichnet sind. Besondere fachliche Begabung ermöglicht den Uebergang von der Fachschule zur Hochschule desselben Berufes, mit den gleichen Rechten wie nach erfolgreichem Besuch einer Oberschule. Die Zulassung zur Ausbildung in den freien Künsten auf den entsprechenden Fach- und Hochschulen ist für beide Geschlechter nur an den Nachweis der künstlerischen Befähigung geknüpft. Für



**Lübeck ist die Einführung der Berufsschulpflicht zu Ostern 1920 zu fordern, und zwar mit Rücksicht auf die schulpflichtigen Schmeizigkeiten zunächst für die Knaben und Mädchen, die an diesem Zeitpunkt aus der allgemeinen Schulpflichtigkeit auscheiden.**

**II. Lehrerbildung.** Für die Lehrerbildung wurde gefordert, daß alle Lehrer und Lehrerinnen die Oberschule bis zu ihrem Abschluß durchlaufen haben müssen, falls sie nicht eine gleichwertige Fachschulbildung aufweisen können. Daran schließt sich eine praktische und theoretische Ausbildung in der Pädagogik mit reichlicher Übung im Unterrichten auf dem Seminar an. Die weitergehende wissenschaftliche, künstlerische oder technische Ausbildung der Lehrer erfolgt auf den Hochschulen, daran anschließend die fachpädagogische Ausbildung im Schuldienste. Den schon im Lehramt stehenden Lehrern, sowie denjenigen, die vom Seminar ins Lehramt treten, ist die Möglichkeit zu bieten, sich in eigenen Einrichtungen der Hochschule fortzubilden. Die Mittelschullehrer- und Rektoratsprüfung kommt in Fortfall. Dem bisherigen Lehrerseminar ist mit rückwirkender Kraft die unbefristete Studienberechtigung zu erwirken. Das Grundgesetz ist für alle Lehrer und Lehrerinnen gleich. Die Zahl und Höhe der Zulagen ist abgestuft nach Vorbildung, Dienstalter und Familienstand. Für Lübeck empfiehlt sich die Umwandlung des Seminars in eine Anstalt, die sich auf die Oberschule aufbaut. Es sind verstärkte Mittel im Haushaltsplan des Staates vorzusehen zur Abhaltung von Fortbildungskursen in Lübeck, zu Vertiefungskursen und zu Studientreisen, auch zur Beurlaubung zur Wiederaufnahme akademischer Studien und zu eigener wissenschaftlicher oder künstlerischer Ausbildung. — In einer vierten und vorzuziehenden letzten allgemeinen Lehrerversammlung wird sich die Lehrerschaft mit der Frage der Schulerhaltung beschäftigen.

**Eine mittelschulische Bekanntmachung, die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seines Betriebes regelt, erläßt der Fuhrunternehmer Wigger. Wir sind auch der Ansicht, daß in jedem Betriebe Ordnung und anständiges Betragen herrschen muß, aber nicht nur bei den Arbeitern. Eigentümlich mutet aber folgender Passus in der „Bekanntmachung“ an, der lautet:**

„Ich verbiete hiermit ausdrücklich, jede Aufwiegelung, Aufhebung und Aufreizung der Mitarbeiter im Betriebe und verlange überzert ruhiges und anständiges Betragen auf jeder Arbeitsstelle, sowie auch namentlich im Stall. Sollte ein Arbeitnehmer dieses nicht strikte befolgen, so hat es seine sofortige Entlassung zu Folge.“

Der Geist dieser Bekanntmachung mutet so an, als ob ihr Verfasser hundert Jahre zu spät auf die Welt gekommen ist und gar nichts davon bemerkt hat, daß seit den Novembertagen des Jahres 1918 sich doch mancherlei in Deutschland verändert hat. „Aufwiegelung, Aufhebung und Aufreizung“ sind bekanntlich sehr dehnbare Begriffe und gern bezog man sie früher auf Arbeiter, die sich nicht alles bieten ließen. In der erwähnten „Bekanntmachung“ wirkt aber heute das „ausdrückliche Verbot der Aufreizung“ geradezu aufreizend und trägt kaum zur Herbeiführung eines guten Arbeitsverhältnisses bei, das doch beiden Seiten nur erwünscht sein sollte.

**Nicht als Verhandlungsgrundlage geeignet.** Der von den Arbeitgebern vorgeschlagene Reichsstarif für die Angestellten des Versicherungsgewerbes stand in einer am 5. Mai d. J. tagenden Versammlung der Ortsgruppe Lübeck des Verbandes deutscher Versicherungsbeamten zur Beratung. Die Versammlung hat die nachstehende Entschließung gefaßt: „Die am 5. Mai d. J. tagende Versammlung der Ortsgruppe Lübeck des Verbandes deutscher Versicherungsbeamten e. V. nebst Kollegen, die im Bureaubeamten-Verband organisiert sind, erklärt nach Beratung des vom Verband der Arbeitgeber vorgeschlagenen Reichsstarifes einmütig, daß der Tarif als Grundlage für Verhandlungen nicht geeignet ist. Die Versammlung erklärt, daß sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzutreten wird, daß eine der jetzigen Verhältnisse entsprechende Entlohnung erkämpft wird. Sie beauftragt ihren Vertreter für ihre Forderungen in der einberufenen Reichskonferenz energisch einzutreten.“

**Speck und Schweinefleisch beschlagnahmt.** Durch einen Wachmann der republikanischen Soldatenwehr wurde festgestellt, daß am Nachmittag des 6. 5. 19 gegen 4 Uhr ein Wagen der Flieger-Schule Blankensee beladen mit einem Saal und einer Kiste, enthaltend Speck und Schweinefleisch im Gesamtgewicht von 247 Pfd., vor dem Schabbelhause in der Mengstraße hielt und dort abblud. Bei der Nachsicherung im Schabbelhause durch einen Vertrauensmann und zwei Mann der republikanischen Soldatenwehr unter Hinzuziehung eines Kriminalbeamten wurde das Fleisch und der Speck auch zutage gefördert. Daselbe wurde beschlagnahmt und der Kriminalpolizei übergeben.

**Fußball-Wettspiel.** Die Fußball-Abteilung des Lübecker Arbeiter-Turnvereins schlug die freie Turnerschaft Hamburg über raschend mit 13:0. Halbzeit 5:0. Am letzten Sonntag standen fünfzig Mannschaften auf dem Kasernenhofe im Wettspiel gegen über. Hamburg mußte leider mit 3 Ersatzleuten antreten, während die Lübecker vollzählig zur Stelle waren, daher diese Niederlage. Das Spiel wurde gleich zu Anfang in die Spielhälfte der Hamburger verlegt. Letztere beschränkten sich nur auf eine erfolglose Durchbrüche. Am kommenden Sonntag spielt die Fußball-Abteilung der Arbeiter-Turner gegen die erste Mannschaft der hiesigen Turnerschaft.

**In den Kriegskäfigen** wurden im April 116 832 Portionen Essen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug an 29 Wochentagen von 75 581 Portionen 2605, an 24 Abenden von 46 801 Portionen 1760, zusammen 4305.

**Stadttheater Lübeck.** Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hat sich in ihrer Gesamtheit dem Hilfsverband für die heimkehrenden Kriegsgefangenen angeschlossen. Während der Vorstellung von „Meisterfinger“ wird der hiesige Lokalverband der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger für diesen Zweck eine Sammlung veranstalten.

**Hansa-Theater.** Nachdem das von Direktor Fritz Hemberger zusammengestellte Weltstadt-Variete-Programm einen durchschlagenden Erfolg bei dem allabendlich ausverkauften Hause erzielt hat, ist das Gastspiel bis 15. Mai verlängert worden.

**Diebstahl.** Am 5. ds. Mts. sind aus einem in der Mühlenstraße auf einem Hausflur stehenden Kleiderkranz folgende Sachen gestohlen worden: 1 hellbrauner, zweireihiger Jackettanzug, 1 dunkelblauer, zweireihiger Jackettanzug, 1 dunkelbraun gemusterter einreihiger Jackettanzug, 1 schwarzer Gehrockanzug, 1 Gehrock mit Weste, 1 schwarzer Rodanzug aus rauhem Stoff mit grauschwarzgestreifter Hülle, 1 schwarze Weste mit schwarzer Seidenweste eingefaßte Weste aus Samt, 1 dunkler Herrenhemd-Überzieher aus Warendorffstoff mit schwarzem Serge gefüttert, eine hellbraune Damenleiberröde in Glodenform, eine weiße Wappkappe mit bla Seidenfädel, eine gelbe Spachtelbluse mit grünem Seidenband, der Einsatz ist mit weißen Perlen garniert, eine schwarze Damenjacke mit schwarzem Futter, eine schwarze Damen Sommerjacke aus Coltonstoff mit schwarzen vierreihigen Knöpfen und hellgrün gemustertem Seidenfutter, etwa 4 Meter schwarzweiß kariertes Wollstoff, etwa 4 Meter blaugrün gemustertes Wollstoff und ein Stück Stoff zu einem schwarzen Herren-Winterüberzieher. Die Herrenanzüge tragen den Namen der Firma G. Ergleben, Potsdam, Hohewegstraße 12.

**Renfesteid.** Maifest die he. Die Bälle anlässlich der Maifeier mußten hier vorzeitig abgebrochen werden, da sich nach dem „Anz. f. d. S.“ Einbrecher die allgemeine Abwesenheit zunutze gemacht hatten. Schon bis 1 Uhr nachts waren neun gelungene Einbrüche polizeilich gemeldet, und noch mehrere der nun heimkehrenden konnten die Entdeckung machen, daß sie inzwischen unerbetenen Besuch gehabt hatten.

**Hamburg.** Lohnbewegung der Eisenbahner. In einer am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen

Massenversammlung der Eisenbahner wurde eine Entschließung angenommen, in der den Berliner Kollegen die volle Sympathie ausgesprochen wird und die folgenden Forderungen aufgestellt werden: 1. für die Arbeiter Erhöhung des Stundenlohnes um 1 M., 2. für die Beamten und Arbeiter für jede Nacht- und Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 33 1/2 Prozent, 3. für die Beamten endgültige Freistellung eines auskömmlichen Gehalts, das mindestens dem Höchstlohn der Handwerker gleichkommen muß, 4. sofortige Einführung des Käsesystems, wodurch das Mitbestimmungsrecht der Beamten und Arbeiter in den Betrieben gewährleistet wird, 5. Aufhebung des freien Eierhandels, 6. Herabsetzung der Verkaufspreise für sämtliche Waren und Verbrauchsgüter. Weiter wird der Kennerung das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, weil sie es nicht verstanden habe, eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen. Als Ultimatum zur Erfüllung dieser Forderungen wurde der 31. Mai bestimmt.

**Hamburg.** Von einem Räuber erschossen. Montag nachmittag erlitten bei dem Uhrmacher Klemme, Hoheluftchauffee Nr. 135, ein Soldat namens Lange, um Goldsachen zu kaufen. Klemme legte dem Käufer verschiedene Sachen vor, von denen Lange einen Ring, Uhrkette und Uhr, im Werte von 354 Mark auslachte. Als der Goldschmied die gekauften Waren einpacken wollte, merkte er an dem sonderbaren Gebaren des LANGE, daß dieser Raubabsichten hatte. Schnell sprang er zur Lebertür und verschloß diese, um eine Flucht des LANGE zu verhindern. Dieser zog eine Armeepistole und jagte dem Klemme eine Kugel durch den Kopf. Durch den Knall waren Passanten auf die Vorgänge im Laden aufmerksam geworden. Da die verschlossene Tür Widerstand leistete, schlug man die große Türscheibe ein. Dieben Augenblick wollte Lange bemerken, um zu entkommen. Er wurde jedoch schnell eingeholt und überwältigt. Auf der Wache stellte sich heraus, daß er nur 350 Mk. im Besitz hatte. Er gab an, aus Not getrieben, nur einen Raub beabsichtigt zu haben. Der Uhrmacher Klemme ist auf dem Transport in das Krankenhaus verstorben.

**Riel.** Transportarbeiterstreik. In Riel ist ein Transportarbeiterstreik ausgebrochen. 1500 Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung auf Mk. 350 die Stunde. Auf dem Bahnhofe verteilt die Milch, weil sie nicht abgefahren wird. Die Lebensmittelversorgung der Stadt ist in Frage gestellt. In einer Versammlung der Transportarbeiter wurde beschlossen, aus moralischen Gründen jedoch als Notstandsarbeit die Versorgung der Bevölkerung mit Milch sowie der Krankenhäuser und Lazarette mit Milch, Lebensmitteln und Getreide aufzunehmen. Weiter soll im Bestattungswesen gearbeitet werden.

**Riel.** Die Wiedereinführung der Aftundiaen Arbeitszeit beschlossen die Rielier Arbeiter, die bisher bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt wurden. Die Arbeiter der Reichswehr trafen mit 8395 Stimmen diesen Beschluß, während 2944 Stimmen für die 7stündige Arbeitszeit abgegeben wurde.

## Neueste Nachrichten. Die Friedensbedingungen.

**Amsterdam, 7. Mai.** Die Zeitung „Telegraf“ meldet aus London, daß der Friedensvertrag, dessen Inhalt von den Zeitungen in 10 Spalten zusammengestellt wird, folgende wichtigen Bestimmungen enthält:

Die deutschen Landstreitkräfte müssen binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages auf nicht mehr wie 70 000 Mann Infanterie und 30 000 Mann Kavallerie eingeschränkt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 betragen.

Die deutschen Seestreitkräfte dürfen zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages keine U-Boote mehr enthalten und dürfen dann nur aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 12 Torpedojägern und 12 Torpedobooten bestehen. Alle militärischen und maritimen Anlagen auf Helgoland sind zu schließen. Der Rielier Kanal muß den Handelsschiffen aller Länder, die mit Deutschland in Frieden leben, auf der Grundlage vollständiger Gleichheit offen stehen. Es wird Deutschland gestattet werden, bis zum 1. Oktober eine Höchstzahl von 100 Wasserflugzeugen zur Auffahrung von Minen zu haben.

Die Alliierten beschuldigen den Kaiser offen nicht eines Vergehens gegen die Strafrecht, sondern der ärgsten Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Er wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um gegen ihn zu verfahren.

In Abwartung der vollständigen Feststellung der Forderungen der Alliierten muß Deutschland 1 Million Pfund Sterling zahlen.

Elbaf-Pottingen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Kohlengebiet im Saarthal erhalten wird.

Polen wird einen Durchgangsweg erhalten, der bis nach Danzig läuft. Diese Stadt wird zu einer Freistadt gemacht.

In Schleswig wird eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Von Deutschland wird gefordert, daß es zugunsten der fünf Alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet.

15 deutsche Kabel werden den Regierungen der Alliierten und Assoziierten zur Verfügung gestellt.

### Störungen in der Lebensmittelzufuhr.

**Berlin, 7. Mai.** Seit mehreren Tagen ist die auffällige Erscheinung zu beobachten, daß die Zufuhren von Lebensmitteln aus den Entente-Ländern ins Stocken geraten sind. In politischen Kreisen wird diese Erscheinung dahin gedeutet, daß die Entente durch die Zurückhaltung dieser Sendungen bereits heute einen gewissen Druck auf Deutschland in der Richtung ausüben wolle, wie notwendig für uns die Unterzeichnung des Friedensvertrages sei. Jedenfalls seien diese Störungen willkürlich herbeigeführt, um dem deutschen Volke zu demonstrieren, daß die Lebensmittelzufuhren im Falle der Ablehnung des Friedensvertrages automatisch aufhören wird.

### Bekämpfung des Schleichhandels durch Kontrolleure aus Arbeiterkreisen.

**Berlin, 7. Mai.** Dem „Vorwärts“ wird folgendes mitgeteilt: Als 1917 in Berlin zwei große und weltberühmte Lokale wegen offenkundigen Schleichhandels geschlossen wurden, wurde der Beamte, der die Schließung veranlaßt hatte, ein Vierteljahr

lang von Deliktus verfolgt, um ihn für sein Vorgehen hincinzulegen. Im März 1917 wurden die leitenden Beamten und Angestellten eines sehr bekannten Hotels wegen Schleichhandels usw. verhaftet. Der Beamte, der die Verhaftung veranlaßt hatte, wurde mit militärischer Einziehung bedroht, und es bedurfte des Einschreitens gewichtiger Persönlichkeiten, um ihn davor zu schützen. Eine große Bank hatte im gleichen Augenblicke 475 000 Mark Sicherheit für die verhafteten Hotelbeamten angeboten, damit sie entlassen würden und weiter für die ausreichende Ernährung des zahlungsfähigen Publikums sorgen könnten. Als ein Kriminalbeamter eine Anzeige gegen einen sehr bekannten Weinhändler erstattet hatte, wurde er vor eine sehr hohe militärische Stelle in Berlin zitiert und in einer Weise angefaßt, daß es keiner seiner Kollegen mehr wagte, die offenkundigen Uebertretungen der betreffenden Firmen zur Anzeige zu bringen.

Jetzt will man dem Schleichhandel dadurch zu Leibe gehen, daß man geeignete Vertreter aus den Kreisen der Verbraucher, insbesondere der werktätigen Bevölkerung, in größerem Umfang zur Kontrolle der Ablieferung auf dem Lande heranzieht. Vertreter der Gewerkschaften, der Konsumentenvereine, der Arbeiter- und Bauernräte sollen diese Tätigkeit ausüben. Zur Bekämpfung des gewerkschaftigen Schleichhandels sollen besondere Hilfsorgane der Polizei beigegeben werden. — Das hätte schon längst getan werden sollen. Wenn es jetzt noch helfen soll, muß es mit rücksichtsloser Energie geschehen, die auch gegen etwaige ungeeignete Kontrollorgane anzuwenden ist.

### Der Mehl diebstahl in Stettin.

**Stettin, 7. Mai.** Die Meldung, daß in Stettin von dem amerikanischen Dampfer „Konstanza“ 760 Zentner Mehl gestohlen sind, ist unrichtig. Es wurde festgestellt, daß zwei Arbeiter in ihren Taschen kleinere Mengen fortgebracht haben, daß aber von einem Diebstahl eines so großen Quantums keine Rede sein kann. Auch wird amerikanisches Mehl nicht im Schleichhandel verkauft. Wo solches Mehl auftritt, handelt es sich um deutsches Mehl, daß unter amerikanischer Flagge segelt.

### Die französischen Gewerkschaften an Wilson.

**Paris, 7. Mai.** Der Allgemeine Arbeitsbund hat durch eine Abordnung dem amerikanischen Präsidenten ein offenes Schreiben überreicht, in dem er sich gegen den Annetionismus wendet wie er in der Fiume-Frage zur Folge trat. Der Widerspruch Wilsons hierbei habe im Bewußtsein der französischen Arbeitermassen Zustimmung gefunden. Das Arbeitervolk Frankreichs, das im Kampfe gegen das kaiserliche imperialistische und militaristische Deutschland so große Opfer gebracht hat, könnte niemals dulden, daß der aus seinen Leiden und seinem Blute erwachsene Sieg bei seinen Regierenden einen Ehrgeiz hervorruft, dessen unbestimmte Versprechungen wenig dazu angehen, sie zu beruhigen. Die Stellung des arbeitenden Volkes könne sich so wenig ändern wie das Recht selbst. Imperialismus und Annetionismus bleiben gleich streng verdammenwert. Das Schreiben ludwig Wilson für die Gerechtigkeit seiner Grundzüge. Es soll eine Ernennung sein, um den Verständigungsstempel gegen alle Notstände der Diplomatie aufzunehmen. Wilsons 14 Punkte hätten die französischen Gewerkschaften zu den ihrigen gemacht, sie sollen als Grundlage für den Menschheitsfrieden gelten.

Die „Humanité“ nennt Clemenceau einen Clown, einen alten Verbrecher, einen Dummkopf und einen öffentlichen Mißfänger. Das Blatt schreibt, man konnte bisher nicht die Wahrheit sagen, sonst wüßte die öffentliche Meinung, daß Clemenceau für den Rückzug am Chemin des Dames und somit für die größte militärische Niederlage der letzten vier Jahre verantwortlich ist. Seine letzten Befehle waren schuld daran, daß die Deutschen bis Chateau de Thierry vordringen und Paris bedrohen konnten. Wenn das bekannt ist, wird Clemenceau auch den letzten Ruhmeskitteln verlieren, den er den Soldaten gestohlen hat.

### „Friedens“-vorbereitungen.

**Amsterdam, 7. Mai.** Englische und französische Zeitungen berichten, daß durchgreifende Vorbereitungen zum Einmarsch in Deutschland getroffen seien, falls letzteres die Bedingungen ablehnen sollte. Eine halbe, nach anderen Meldungen sogar eine ganze Million Truppen ständen an der Grenze bereit.

Nach der „Humanité“ finden am Sonntag 32 Versammlungen der Sozialisten in Seine-Departement statt, die gegen einen Diktatfrieden und gegen die Diktatur Clemenceau-Foch in Frankreich Protest einlegen sollen. „Populär“ meldet, daß englische und amerikanische Truppen für den Sicherheitsdienst in Paris eingetroffen sind.

Die chinesischen Delegierten sind infolge der Zuspätkommen Schenkungs an Japan entlassen, die Friedenskonferenz zu verlassen.

Der Text des Präliminarfriedens mit Deutschland wurde in geheimer Sitzung gestern nachmittag den Abgeordneten der mit Deutschland im Krieg befindlichen alliierten Mächte mitgeteilt. — Einer Information zufolge sind Vertreter der Alliierten mit der deutschen Abordnung im Laufe des gestrigen Tages zu einer Vorkonferenz zusammengekommen. In dieser Konferenz wurden die Fragen der Grenzregulierung auf dem linken Rheinufer, dem Saargebiet, in Schlesien und das Danziger Problem behandelt.

Der Rat der Drei hat den Beschluß gefaßt, nach dem Sturz der Kätterregierung in Budapest Vertreter Ungarns zu den Friedensverhandlungen nach St. Germain für den 25. Mai einzuladen.

### Die Gefangenen in England.

**Haag, 7. Mai.** Lord Cecil teilte im Unterhaus mit, daß sich in England 96 000 deutsche und österreichische Gefangene befinden. Davon werden 40 500 für Arbeiten verwendet, 9500 sind krank oder untauglich, 3500 werden in den Lagern verwendet, 10 000 stehen vor der Abreise nach Frankreich oder sind auf dem Wege dorthin, 11 500 sind nicht beschäftigt, 21 000 sind Offiziere und ihre Burden, 7000 Invaliden sind in ihre Heimat zurückgeführt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.  
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

# Opfertage

## für unsere Gefangenen

am 10. und 11. Mai. 1881



## Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend die Ausgabe von Speisemarken vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausgabe der Speisemarken für die Zeit vom 12. Mai bis zum 8. Juni 1919 erfolgt von Donnerstag, den 8. Mai 1919 an von morgens 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags in der Vörie, Eingang vom Markt (Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelmarken).

Für die Zeit bis zum 8. Juni 1919 werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

1. einer der für Mühlenfabrikate gültigen Abschnitte 95 bis 98 der Bezugskarte.
2. einer der zum Bezuge von Zucker gültigen Abschnitte 107 bis 111 der Bezugskarte und
3. drei Unterabschnitte der Abschnitte 5-8 der Kartoffelkarte. Selbstversorger und Personen, welche auf diese Abschnitte Kartoffeln bereits bezogen haben, erhalten gegen Ablieferung von 3 Pfund zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I, einen entsprechenden Ausweis.

Die Ausgabe von Speisemarken für auswärtig wohnhafte Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65, Zimmer 1.

Lübeck, den 5. Mai 1919. (1834)

Das Landesversorgungsamt.

## Bekanntmachung.

Vom Donnerstag, dem 8. Mai 1919 ab findet der Umtausch der Fleischkarten für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre statt und werden gegen Ausgabe der für die Zeit vom 12. Mai bis 8. Juni gültigen Fleischkarte Bezugsausweise für

- 1 1/2 Pfund Käsefloden
- 1 1/2 Pfund Nudeln
- 1/2 Pfund Zwieback oder Reis, je nach Vorrat
- 2 Dosen amerikanische, kondensierte Milch

ausgegeben.

Der Umtausch findet wie folgt statt:

in der Zeit vom 8 bis einschließlich 15. Mai 1919 werktäglich von 9-2 Uhr in der Vörie, Eingang vom Markt. Vom 16. Mai bis 7. Juni 1919 werktäglich von 9-2 Uhr in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Str. 65, L. Zimmer 1.

Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmittel sind vorzulegen.

Fleischkarten, auf welche bereits Fleisch entnommen ist, werden nicht umgetauscht.

Lübeck, den 6. Mai 1919. (1830)

Das Landesversorgungsamt.

## Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 5. bis 11. Mai 1919 wird für erwachsene Personen 200 Gramm Rindfleisch für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte ausgegeben. Der Preis beträgt Mk. 4.30 für das Pfund. Fleischwurst gelangt nur an diejenigen Personen zur Ausgabe, die in der Woche vom 28. April bis 4. Mai 1919 die ihnen zustehende Menge nicht, oder nur teilweise erhalten haben.

Die auf Grund ärztlichen Attestes an Kranke zuerteilten Fleischmengen sind nur bei dem Schlachtermeister Wilhelm Rahlf, Solitenstraße 3, zu entnehmen.

Außer dem Rindfleisch gelangen 125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch für die Person, auf Abschnitt 124 der Bezugskarte oder Abschnitt 134 der Lebensmittelkarte, zur Ausgabe. In Binnenschiffen wird das Fleisch auf Abschnitt, Kaffee-Ertrag der Wochenkarte vom 5. bis 11. Mai, verabfolgt. Der Preis beträgt Mk. 6.40 für das Pfund.

Lübeck, den 6. Mai 1919. (1864)

Das Landesversorgungsamt.

## Bekanntmachung

betr. Anmeldung der Fleischselbstversorger zum Bezuge von Fleischwaren auf Abschnitte des Lebensmittelkartenheftes.

Für außergewöhnliche Zusweisungen von Fleisch- und Fleischwaren, soweit diese nicht auf die Fleischkarten ausgegeben werden, ist die Anmeldung der Fleischselbstversorger zu den Schlachtereilisten notwendig. Fleischselbstversorger, die bei außergewöhnlichen Zusweisungen von Fleisch- und Fleischwaren mit berechtigter Aussicht zu werden wünschen, wollen sich daher nochmals bis Freitag, den 9. Mai 1919, bei einem Schlachter unter Vorlage der Fleischkarten und der Lebensmittelkarte zur Kundenkarte anmelden, da der bereits einmal angeordneten Anmeldung nur in ungenügender Weise entsprochen werden ist.

Das gleiche gilt auch für alle Personen, die die Kinderfleischkarte bei der Nahrungsmittelverteilungsstelle zum Bezuge von Fleischwaren umgetauscht haben. Für Kinder erfolgt bei außergewöhnlichen Zusweisungen dieselbe Mengentlieferung wie für Erwachsene.

Die Schlachter haben für die Anmeldung der Fleischselbstversorger und der in Betracht kommenden Kinder geeignete Listen anzulegen und darin genau den Vor- und Nachnamen des Haushaltungsvorstandes der Selbstversorger und der dazu gehörigen Personen, sowie Straße und Hausnummer, und die Vor- und Nachnamen der Kinder nebst Straße und Hausnummer anzugeben und unverzüglich an die Geschäftsstelle (Fleischabteilung) Königstr. 69, einzurichten.

Lübeck, den 7. Mai 1919. (1865)

Das Landesversorgungsamt.

## Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Umsätze für Zugangsgegenstände im Monat April d. J. sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Mai d. J. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vorhandene Steuerentlastungen, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Lübeck, den 5. Mai 1919. (1835)

Das Umsatzsteueramt.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betr. Einführung des Gasverbrauches, zu 5. Abgabe 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den Mai 1919: 40 cbm.

Lübeck, den 7. Mai 1919. (1839)

Die Betriebsbehörde.

## Der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses.

Cutin, den 5. Mai 1919.

Auf Grund der Bundesratsbekanntmachung über die militärische Demobilisierung vom 7. November 1918 wird bestimmt:

§ 1. Es ist verboten, ohne vorherige Erlaubnis des Demobilisierungsausschusses Mauersteine jeder Art, die in der Provinz Lübeck hergestellt sind oder zurzeit noch lagern, aus dieser auszuführen.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft.

Scheer.

Das Abladen von Schutt darf nur auf der Schuttabladestelle an der Auguststraße am Moor erfolgen. Jede Zuwiderhandlung wird strafrechtlich verfolgt.

Bad Schwartau, den 5. Mai 1919.

Der Stadtmagistrat, Dr. Kleiniger.

## Einkaufsvorstand.

Cutin, den 3. Mai 1919.

Auf Grund des § 8 der Verordnung über die Demobilisierung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1918 werden mit Gültigkeit vom 1. Mai d. J. für die Provinz Lübeck folgende Preisbestimmungen getroffen:

1. für Vollmilch, die von dem Erzeuger an eine Meierei oder an einen Milchhändler innerhalb der Provinz Lübeck geliefert wird, einen Erzeugerpreis von 38 Pfg. für 1 Liter frei vereinbarte Lieferstelle;

2. für Mager- und Buttermilch, die vertraglich innerhalb der bestimmungsgemäßen Grenze an den Erzeuger zurückgeliefert wird, 15 Pfg. für 1 Liter frei vereinbarte Lieferstelle.

Die bestehenden Milchlieferungsverträge werden hiernach nur hinsichtlich der Preise berührt; sie sind im übrigen in vollem Umfang aufrecht zu erhalten.

Die Preisbestimmung findet keine Anwendung auf auswärtige Erzeuger, die ihre Milch an hiesige Meiereien oder Milchhändler zu liefern haben. Ferner bleiben durch diese Preisbestimmung die für Milchlieferungen nach auswärtig festgesetzten Preise unberührt.

Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915, vom 23. März 1916 und vom 22. März 1917.

Mahlstedt.

Nähezu unseres 25jährigen Geschäftsjubiläums in Travemünde sind uns durch Bekannte u. Fremde, Korporationen und Einwohner Travemündes so unendlich viele Glückwünsche, Geschenke und Blumenbinden überandt worden, daß es uns nicht möglich ist, jedem einzelnen unseren Dank auszusprechen. Wir bitten die gütigen Geber, unseren Dank auf diesem Wege entgegenzunehmen zu wollen. (1855)

J. Brüggemann u. Frau.  
Kuhhaus Travemünde.

## Koststelle

für ein drei Monate altes Kind in Schwartau oder Umgegend gesucht.

Stadtmagistrat Bad Schwartau  
Dr. Kleiniger. 1853

## Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Die am 7. März veröffentlichten Höchstpreise für Gemüse und Obst werden hierdurch aufgehoben.

Lübeck, den 6. Mai 1919.

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Eine Morgenfrau od. Morgenmädchen gesucht. (1858)

Rudolph Wiese,  
Breite Str. 43.

Suche 2 Fachmusiker Klavier und Geige. Zu melden (1862) Steinrader Weg 55 III.

Kinderbettnetze zu verkaufen. (1835) Kemeisfeld, Warrinerstr. 13.

Neue Knabenstiefel, Gr. 36, für Gr. 34 oder 35 zu vert. (1828) Kadenburger Allee 52.

Militärchirurgische zu vert. Gr. 28 1/2 geg. 29 1/2. (1843) Vorbeckstraße 18 a.

Zu vert. 1 Sekretär, mah. und 1 Sportwagen. Zu bes. n. 4 Uhr. (1832) Rottwikstr. 33 a, II.

2 belg. Kiejen zu verkaufen. (1842) Herwick, Kolome 42.

1 für od. II. 2 für Kleiderstanz zu kaufen gesucht. (1857) Weithoffstr. 40, III.

Ehrenklärung. 1859 Die Forderung, die ich über Frau Dora Hildebrandt, Wafenstraße 24, geran habe, erkläre ich als unwahr. Anna Sterley.

Dr. med. A. Ott verweist (1843) am 11. Mai.

Empfehle mich zur Anfertigung eleganter Herren-Garderobe sowie zum Umarbeiten. (1829) F. Wiencken, Pundstraße 78 L.

## Glasarbeiten

aller Art off. D. Zauhnig, Glashandlg., Fischhauerstr. 33, Fernr. 2808

Hilgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlung. 2.50 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer u. Co. Johannisstraße 46.

## Ein neues Wintermärchen.

Heines Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte.

Vor der Revolution konfisziert gewesen! Preis 25 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

## Kartenbriefe

sind vorrätig. Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Restaurant Schlesierheim Schmedestrasse 3 G. Lachmann: Gemüthlicher Aufenthalt i. Skatspieler. (1846)

Lübecker Gen.-Bäckerei e. G. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung am Donnerstag, dem 8. Mai abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1919. Anteilsscheine legitimieren.

Lübecker Gen.-Bäckerei e. G. m. b. H. Der Vorstand. (1851)

Sozialdemokratische Frauen. (1880)

Morgen, Donnerstag, 8. Mai, abends 8 Uhr

Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ehlers: „Die Frauen und das Wahlrecht“.

2. Abrechnung. 3. Besprechung der Kinderausflüge. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht (1860) Die Einberaferin.

Geschäftsempfehlung. Bringe hiermit allen Klubs und Vereinen meine

Klubzimmer in empfehlende Erinnerung. Allen Keglern empfehle meine Doppel-Kegelbahn welche noch an einigen Tagen der Woche frei ist. Hochachtend (1861) Ad. Hafemann, Geniner Straße 54.

Jeden Donnerstag: Adlershorst. Tanz. (181)

Waldhalle — Bad Schwartau. 8 Uhr. Sonntag, 11. Mai 1919. 8 Uhr. Heiterer Abend Künstlerische Leitung: Direktor Harald Baumgarten. Mitwirkende: Carla Liebig, Glare Hansing, Carin Holm (Solotänzerin), Harald Baumgarten, Edgar Paul, Walter Geyer, Kurt Blumentritt.

Karten zu 2,00 u. 1,50 in der Zigarrenhandlung Köhrlich, Goldenstraße und in der Waldhalle. Letzter Wagen ab Schwartau 11.16. (1854)

Donnerstag, den 8. Mai Konzert u. Ball in Schwartau Motorbootfahrt. a. Schwartau Ab Holtendor-Obertr. 230 345 715 Ab Struckfähre 240 385 725 Ab Schwart-Waldfat. 300 620 800 Vermietung von Motorbooten für Vereins-, Vergnügungs- und Kraftfahrten. (1850) Trave-Motorschiffahrt J. Schneider, Johannisstr. 43 Telephon 3444.

Deutscher Transportarbeit. - Verb. Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung der sämtlichen Straßenbahner am Donnerstag, dem 8. Mai, abends 10 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung: Stellungnahme zu dem gefassten Beschluß betreffs Abschaffung der Abzeichen. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.

Versammlung der Fensterputzer am Donnerstag, dem 8. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Tages-Ordnung: Besprechung über unsere Lohnforderung.

Das Erscheinen der Kollegen von sämtlichen Firmen ist dringend notwendig. (1856) Die Ortsverwaltung.

Gesellschaftshaus Marli Marktstraße 18/18a. Am Mittwoch, dem 7. Mai: Gr. Tanzkränzchen. Anfang 6 Uhr. (1841) Fr. Plötz.

Hansa-Theater Heute (1840) u. folg. Tage, abds. 7 Uhr, das Grandiose Weltstadt-Varieteeprogramm Hemberger

Stadttheater Lübeck. Spielzeit 1918/19. 1849 Mittwoch, den 7. Mai: 26. Vorst. im Mittw.-Ab. Nur sechs Schüsseln. Lustspiel in 3 Akten in der Neubearbeitung von Georg J. Floike.

Freitag, den 9. Mai: 25. Vorst. im Freitag-Abonn. Die Meistersinger von Nürnberg. Sonnabend, den 10. Mai: Die Fledermaus. Sonntag, den 11. Mai, Anfang 1 Uhr: Volksvorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg.



## Zum Entwurf des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die kombinierte Konferenz der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes hat eine Kommission mit der Aufgabe betraut, an den auf Grund der Beschlüsse des Chemnitzer Parteitagess 1912 geschaffenen Organisationsstatut der Partei zeitweilige Änderungen vorzunehmen. Diese Konferenz ist demnachgekommen und übergibt ihren Entwurf den Parteigenossen zur Diskussion.

Die Grundlage der Organisation soll jetzt der Bezirksverband bilden, dessen Abgrenzung dem Parteivorstand vorbehalten bleibt, weil sie sich mit der von der Regierung noch festzusetzenden Wahlkreisinteilung decken soll. Bemerkenswert ist in dem Entwurf noch, daß für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten zweckmäßige Organisationseinrichtungen getroffen werden sollen. Da die Frauen in der Wahrnehmung ihrer politischen Rechte den Männern völlig gleichgestellt sind, macht sich der § 4 des alten Organisationsstatuts überflüssig.

Die regelmäßigen Beiträge sollen fortan nur noch wöchentlich erhoben werden und zwar soll der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder 20 Pfg., für weibliche Mitglieder 15 Pfg. betragen. Der Zentralkasse sollen mindestens 25 Prozent der aus Beiträgen stammenden Einnahmen zugeführt werden. Das Eintrittsgeld von 50 Pfg. verbleibt den Bezirksverbänden. Einer Anregung früherer Parteitage entsprechend, wurde eine Bestimmung aufgenommen, wonach zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Prozent ihres Reingewinns an die Zentralkasse abzuführen sollen. Die Delegiertenwahl für den Parteitag soll bezirksverbandsweise vorgenommen werden. Die Reichstagsfraktion soll nur bis zu einem Fünftel ihrer Stärke auf dem Parteitag vertreten sein.

In der Zusammensetzung wird ebenfalls eine kleine Änderung beabsichtigt, indem neben zwei Vorsitzenden zwei Kassierer und eine vom Parteitag festzusetzende Anzahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern vorgesehen ist. Infolge der zu erwartenden Wahlkreisinteilung wählen die Genossen Berlins und der Vororte 15 Mitglieder zur Preschkommission.

### Entwurf zum Organisationsstatut der Partei. (S. V. D.)

(Nach den Beschlüssen der Reorganisationskommission in den Sitzungen am 15. und 16. April in Weimar und am 28. April in Berlin.)

#### Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

#### Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet der Sozialdemokratische Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengefaßt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeit und politischer Aktionen kann das Gebiet jedes Ortsvereins in Agitationsgruppen gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen. Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 3. Die Bezirksverbände haben die Parteischäfte leitend nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Übereinstimmung mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

§ 4. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg., das voll den Bezirken verbleibt. Der wesentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 20 Pfg. und für weibliche Mitglieder 15 Pfg. Die Bezirksverbände sind berechtigt, für ihren Bezirk oder einzelne Ortsvereine höhere Beiträge zu erheben. Invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksvorstand Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden. Mindestens 25 Prozent aller erhebbaren Mitgliederbeiträge sind quartalsmäßig an die Zentralkasse abzuführen. Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Partei-

vorstand festgelegt werden. Die Abrechnung der Bezirksvorstände an den Parteivorstand muß innerhalb zweier Monate nach Quartalschluß erfolgen.

Zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Prozent ihres Reingewinns an die Zentralkasse abzuführen.

#### Berichterstattung.

§ 5. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Den Jahresbericht über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder haben die Bezirksvorstände nach dem vom Parteivorstand gefertigten Formular bis zum 31. Mai jeden Jahres zu erstatten.

#### Parteitag.

§ 6. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Bezirksverbänden. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Mitgliederzahl. Reinem Bezirk stehen mehr als 12 Delegierte zu. Es können gewählt werden: in Bezirken bis zu 10 000 Mitgliedern 5 Delegierte, bis zu 13 000 Mitgliedern 6 Delegierte, bis zu 17 000 Mitgliedern 7 Delegierte, bis zu 22 000 Mitgliedern 8 Delegierte, bis zu 28 000 Mitgliedern 9 Delegierte, bis zu 35 000 Mitgliedern 10 Delegierte, bis zu 45 000 Mitgliedern 11 Delegierte; für je weitere 15 000 Mitglieder ein Delegierter mehr. In Bezirken über 60 000 Mitglieder wird die Reihzahl als voll berechnet, wenn sie 10 000 Mitglieder übersteigt;
2. eine Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;
3. die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission;
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteifunktionen.

§ 7. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 8. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstand einberufen ist.

Bei der vorhergehenden Parteitagsüber den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteioorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten;
2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;
4. die Festsetzung über die Parteioorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;
5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag ist einberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
  2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;
  3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksvorständen.
- Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens vierzehn Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinander folgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteioorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitags die selben Bestimmungen, wie für die ordentlichen Parteitags. (§§ 6 und 7.)

#### Parteivorstand.

§ 13. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 14. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Rechte auf der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch Anwaltschaft Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 15. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteivorstandes ein Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 16. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteioorganisationen. Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaturen entstehen, zu entscheiden.

#### Parteiausschuss.

§ 17. Der Parteiausschuss besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden von den Bezirksvorständen für die Dauer eines Jahres gewählt. Im Behinderungsfalle ist ein Stellvertreter zu entsenden.

§ 18. Der Parteiausschuss berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteifunktionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 19. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger, ist der Parteiausschuss vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann die durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteiausschusses oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuss nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

#### Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Alle Einwendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

## Mein Reisegefährte.

Erzählung von Maxim Gorkij.

### 4. Fortsetzung.

#### 4. Kapitel.

Geodoka hat unsere Erwartungen betrogen. Als wir hinfamen, waren dort bereits an vierhundert Mann, die sich wie wir nach Arbeit sehnten, aber gleichfalls gezwungen waren, sich mit einer Aufwärtsschicht beim Bau der Molen zu begnügen. Da arbeiteten Türken, Griechen, Gruber, Smolenski, Poltawer (Bauer aus den Gouvernements Smolensk und Poltawa) und Bosjaken. Überall, in und außerhalb der Stadt, trieben sich scharenweise die grauen kummervollen Gestalten der „Hungernden“ herum, und um sie schwärmten, wie Wölfe, asowische und taurische Bosjaken.

Auch wir wurden von ihnen anfangs für „Hungernde“ gehalten, und man versuchte, sich bei uns Futter zu holen, indem man im Gedränge dem Schadro den Tschekmenj (Kojakenmantel), den ich ihm gekauft hatte, von den Schultern riß und mir meinen Zwerchschuß abschchnitt. Aber nach einigen Demonstrationen erhielten wir alles wieder, weil sie die geistige und soziale Verwandtschaft zwischen sich und uns anerkannten; denn die Bosjaken sind ein edles Volk, wenn auch verschämte Bestien.

Nachdem wir eingesehen hatten, daß für uns hier nichts zu machen war, und daß man die Molen ohne uns bauen würde, fühlten wir uns beleidigt und gingen nach Kertsch.

Mein Gefährte hielt Wort und ließ mich in Ruhe; aber ihn hungerte mächtig, und er sah finster aus wie die Schlucht von Dorjal (im Kaukasus, am Fuße des Kasbek). Er klapperte mit den Zähnen gerade wie ein Wolf, wenn er jemand essen sah, und brachte mich zur Verzweiflung durch die Beschreibung der Speisemengen, die er imstande sei zu verschlingen. Anfangs nur flüchtig, mit Seufzern des Bedauerns, dann aber öfters mit dem gierigen Schall eines „Orientales“. Schließlich kam er soweit, daß er keine Person weiblichen Geschlechts mehr an sich vorbeigehen lassen konnte, welchen Alters und Aussehens sie auch sein mochte, ohne irgend eine, seinem praktisch-philosophischen Standpunkt entsprechende, schmutzige Redensart über diese oder jene Eigentümlichkeit ihres Äußeren bei mir anzubringen. Er urteilte über die Frauen so frei, mit solcher Sachkenntnis und von einem so verwunderlich offenen Standpunkte aus, daß ich nur ausprüdelte. Ich suchte ihn einmal zu beweisen, daß eine Frau ein Geschöpf sei, das ihm nicht im geringsten nachstehe, aber da ich sah, daß er sich durch meine Ansichten nur beleidigt fühlte und in Wut auszubrechen drohte wegen der Herabsetzung, der ich ihn seiner Meinung nach unwür-

dig, so gab ich meinen Versuch auf bis zu einer Zeit, wo er, Schadro, fort sein würde.

Nach Kertsch gingen wir nicht mehr am Ufer entlang, sondern durch die Steppe, um den Weg möglichst abzukürzen. Wir hatten in unserem Sack nur noch einen Gerstentuchen von etwa drei Pfund, den wir uns von einem Tartaren für unsern letzten Großen gekauft hatten. Dieses traurigen Umstandes halber waren wir bei unserer Ankunft in Kertsch nicht nur unfähig Arbeit zu suchen, sondern wir waren buchstäblich kaum imstande, die Beine zu bewegen. Die Verurtheilten Schadros, in den Dörfern Brot zu erbetteln, hatten keinen Erfolg, überall erhielt er die kurze Antwort: „Guer die!“ Das war eine große Wahrheit; es waren wirklich schrecklich viel Menschen, die nach einem Stückchen Brot gesucht haben in diesem schweren Jahre. Sie gingen zu Fuß in Gruppen zu drei bis zwanzig und mehr, gingen mit Kindern auf den Armen und an den Händen, und das waren alles so durchsichtige Würmer mit häßlicher Haut, unter der ihr Blut zu fließen schien, sondern irgend eine ungesunde, verdorrte, trübe Flüssigkeit. . . . Und ihre Knochen ragten so eckig und dickfingrig unter der abgetragenen Haut hervor, daß einem beim ersten Blick auf sie ein dumpfes Frauen überfiel und unerträglich bitterer Schmerz einem am Herzen nagte.

Hungria, heißnackt und vom Wege ermüdet, schrien diese Kinder auch nicht einmal, sie guckten nur beständig umher mit ihren schärpen, verästeltenfarbigen Neugeborenen, die gierig aufleuchteten beim Anblick einer Getreidekörne oder eines noch nicht geschnittenen Weizenfeldes. Und wenn sie mit Weisheit ihre Blicke auf die Gestalter der Großen richteten, dann schrien es, als fragten sie — warum man sie denn eigentlich in die Welt gesetzt habe? . . . Zuweilen sieht man auch eine Leisega fahren, in der eine skelettartige alte Frau sitzt und des Pferd lenkt, umgeben von einer Schar von Kinderköpfchen, die mit traurigen Augen und ausdrucksvollem Schreien in das ihnen fremde Land hinausjaulen. Das Pferd, knochig und abgetrieben, vermag kaum zu gehen und wackelt so flüchtig mit dem struppigen Kopfe mit der zerzausten Mähne. . . . Und neben dem Wagen und hinter ihm gehen reihenweise die „Großen“. Sie lassen die Köpfe hängen, ihre Arme baumeln — schlaff wie die Schnüden einer Weishe. Ihre Augen sind matt und zerstreut und glänzen nicht einmal mehr vom Fieber des Hungers, nur voll von unlagbarem, erschütterndem Gram. Und das alles zog so verflochten, langsam und still auf der fremden Erde dahin, als fürchten sich diese vom Unglück verstoßenen Menschen durch ihre Gegenwart die Ruhe der Glücklicheren zu stören, zu denen sie kamen. . . .

Viele von ihnen begegneten uns — Leisenzüge ohne Leichen.

„Zuweilen, wenn wir mit ihnen zusammentrafen, oder sie uns einholten, fragten sie uns feige und schüchtern: „Ist's noch weit, ihr Burschen, bis zum Dorfe?“

Und wenn wir ihnen Antwort gaben, dann seufzten sie, uns schweigend anblickend.

Mein Gefährte konnte diese unbefiegbaren Konkurrenten im Wetteln nicht ausstehen. Sein Brot an Lebenskräften erlaubte ihm, trotz der Anstrengung der Reise und der schlechten Nahrung, doch nicht, ein so erschöpftes und ermüdetes Aussehen zu erlangen, wie sie, auf das sie von Rechts wegen stolz sein konnten, da es eine gewisse Vollendung zeigte. Wenn er sie schon von weitem sah, sagte er: „Wieder gehen sie! Fu, fu, fu! Wozu gehn sie? Wozu fahren sie? Ist etwa Rußland eng? Ich begreife nicht! Solch dummes Volk in Rußland!“

Und wenn ich ihm die Ursachen erklärte, die das dumme russische Volk veranlassen, in die Krim zu gehen und zu fahren, dann erwiderte er, mißtrauisch den Kopf schüttelnd: „Berichte nicht! Wie ist es möglich! . . . Bei uns in Grußen gibt es solche Dummheiten nicht!“

So trafen wir denn furchtbar müde und hungrig in Kertsch ein. Spät am Abend kamen wir an und waren gezwungen, unter den Dampfentladungsröhren am Ufer zu übernachten. Es schadete nichts, sich zu verlegen; wir wußten, daß man kurz vor unserer Ankunft alles überflüssige Volk — die Bosjaken, aus Kertsch entfernt hatte, und scheuten uns, in die Hände der Polizei zu fallen; da Schadro mit einem fremden Wasse reiste, so konnte das zu gefährlichen Verwicklungen in unserem Schicksale führen.

Die Wellen der Meerenge überschlütteten uns die ganze Nacht hindurch freigebig mit ihrem Spriehasser, und beim Morgen grauen trocken wir naß und erstarrt unter den Brüden hervor. Den ganzen Tag liefen wir am Ufer entlang, aber alles, was wir verdienen konnten — war ein Groschen (10 Kopekenstück), den ich von einer Papadja (Frau eines Wogen) dafür erhielt, daß ich ihr einen Sad Trüdermelonen vom Markt trug.

Nun mußte man über die Meerenge nach Taman. Kein einziger Bootsmann wollte uns als Ruderer zum jenseitigen Ufer mit hinübernehmen, so sehr ich auch darum bat. Alle waren aufgebracht gegen die Bosjaken, die nicht lange vor unserer Ankunft hier viele Feldentaten verübt hatten, und uns rechnete man nicht ohne Grund zur selben Kategorie.

Als es Abend wurde, da entschloß ich mich, ärgerlich über mein Mißgeschick und über die ganze Welt, zu einem etwas gewagten Stück, und mit Einbruch der Nacht machte ich mich an seine Ausführung.

Fortsetzung folgt.



